

Neue Kernkraftwerke und alte Probleme

Das Nuklearforum lud die Aargauer Ständeratskandidatinnen und Ständeratskandidaten zum Podium.

Dominic Kobelt

Beat Bechtold, Direktor der Aargauischen Industrie- und Handelskammer, eröffnete den Abend rund um Energiefragen mit einer brisanten Idee: In Birr, wo bis 2026 ein Notkraftwerk steht und danach eine Gasturbine als Reservekraftwerk Stromlücken decken soll, könnte stattdessen ein kleines modulares Kernkraftwerk gebaut werden. «Wir lassen das momentane Reservekraftwerk fünf Jahre länger stehen und bauen statt eines lauten, dreckigen, ein leises und sauberes Kraftwerk», forderte Bechtold. Dies hatte er zuvor schon im sozialen Business-Netzwerk LinkedIn gepostet.

Selbstverständlich waren nicht alle Ständeratskandidatinnen und -kandidaten, die sich der Podiumsdiskussion stellten, mit Bechtolds Vorschlag einverstanden. Insbesondere Irène Kälin (Grüne) und Gabriela Suter (SP) vertraten vehement den Standpunkt, man müsse voll auf erneuerbare Energien setzen. Kälin: «Mit den heutigen Gesetzen ist der Bau eines Atomkraftwerks nicht möglich. Auch wenn ihr uns die Zukunft noch so schön ausmalt, eine Gesetzesänderung braucht ihre Zeit – ein AKW ist in den nächsten 15 Jahren gar nicht realisierbar.»

Giezendanner: «Wir brauchen günstigen Strom»

Auch Marianne Binder (Mitte) wies darauf hin, dass in Kaiser-augst ein geplantes Kraftwerk am Volkswiderstand gescheitert sei, und fragte Benjamin

Giezendanner (SVP): «Wie willst du die Leute überzeugen?» Dieser antwortete: «Darin unterscheiden wir uns, du schaust immer nur zurück, ich schaue vorwärts.» Ein Kernkraftwerk sei für ihn eine Perspektive. «Wir brauchen CO₂-armen, günstigen Strom, auch für die Wirtschaft, die sonst ins Ausland abwandert.»

Thierry Burkart (FDP) warf der Gegenseite vor, wegen «ideologischer Scheuklappen» nicht offen gegenüber neuen Technologien zu sein. «Wir treten an Ort und Stelle – wir sind eine Moratoriums-Schweiz geworden, die alles verhindert.» So hätten sich etwa die Grünen im Wallis gegen eine alpine Solaranlage gestellt, sagte Burkart. Kälin entgegnete, dass sie zwar nicht aus dem Wallis komme, aber ein gewisses Verständnis habe: «Lokalen Widerstand gibt es fast überall, wo ein Kraftwerk gebaut werden soll – die Walliser haben eine Affinität für ihre Natur und ihre Berge.»

Suter befürchtet «zu viel Energie»

Gabriela Suter erklärte, wenn man die erneuerbaren Energien weiter ausbaue, brauche es kein neues AKW. «Die Verfahren müssen beschleunigt und die Netze ausgebaut werden, aber wenn wir jetzt ein neues AKW bauen würden, dann hätten wir 2050 plötzlich viel zu viel Strom.» Dafür erntete sie negative Reaktionen aus dem Publikum, das ganz offensichtlich zum grossen Teil die Kernenergie befürwortete.



Die Ständeratskandidatinnen und Ständeratskandidaten diskutierten über Energiepolitik (v.l.): Benjamin Giezendanner (SVP), Thierry Burkart (FDP), Marianne Binder (Mitte), Moderator Fabian Hägler, Gabriela Suter (SP) und Irène Kälin (Grüne).
Bild: Dominic Kobelt

Giezendanner und Burkart erklärten, der Ausbau der erneuerbaren Energien könnte den Strombedarf in Zukunft alleine unmöglich decken. Der SVP-Transportunternehmer machte ein Beispiel: «Wenn ich meine Fahrzeugflotte elektrifiziere und über Nacht 100 Lastwagen laden will, dann braucht es Bandstrom, und zwar gewaltig viel.» Auch im Winter sei mit Solar-

energie vorhanden. Akkus, um die diese zu speichern, seien enorm teuer.

Binder hofft auf Fortschritte durch Forschung

Marianne Binder gab zu bedenken, dass man abwägen müsse: «Ein Kernkraftwerk hat den grossen Vorteil, dass es kein CO₂ produziert, aber wir müssen dem Volk gut erklären, was mit den radioaktiven Abfällen pas-

sieren soll.» Sie sei aber überzeugt, dass durch die Forschung in Zukunft bessere Lösungen möglich würden.

Burkart warb für eine Strommarktliberalisierung, nur so sei ein Austausch mit Europa möglich. Allerdings könne der Strom, der im Winter fehle, nicht durch Importe gedeckt werden. «Ohne neues Kernkraftwerk brauchen wir vier bis fünf Gaskombikraftwerke, und

das steht auch so in der Energiestrategie des Bundes.»

Einig wurden sich die politischen Kontrahenten nur in einem Punkt: Ob die Bevölkerung von den Vorteilen der Kernenergie überzeugt und die Gesetzgebung geändert, oder ob voll und ganz auf erneuerbare Energien gesetzt werden soll – der Weg zu einer sauberen und sicheren Stromversorgung ist kein einfacher.

Erweckung von den Toten

Seit 2017 politisch tot: Nun wollen die Aargauer Frauenverbände die Fachstelle für Gleichstellung reanimieren.

David Walgis

Auch sechs Jahre später leckt die Aargauer Frauenbewegung noch ihre Wunden. Am 28. November 2017 erlitt sie ihre wohl empfindlichste Niederlage: Regierungsrat und Parlament wollten sparen und strichen der Fachstelle für Gleichstellung die Gelder. Die Fachstelle wurde umfunktioniert und kümmert sich seither um Alters- und Familienfragen. Eine Petition, eine Motion, ein Protest – nichts half: Die Fachstelle Gleichstellung war Geschichte, die Bewegung vor den Kopf gestossen.

Nun wagen die Frauenorganisationen im Kanton einen neuen Versuch, die Fachstelle nach ihrem politischen Tod wieder zum Leben zu erwecken: mit einem Verein. Am kommenden Samstag findet der Gründungsanlass für den Verein Gleichstellung Aargau statt. Dessen erklärtes Ziel: Der Kanton soll wieder eine Fachstelle für Gleichstellung erhalten.

Doch bis es auf politischem Weg so weit ist, könnte es dauern. «Wir haben uns gesagt: Wir warten nicht, wir werden selbst aktiv», sagt Sabine Sutter-Suter,

designierte Präsidentin des Vereins. In einem ersten Schritt will der Verein ein Gesuch für eine Fachstelle einreichen und Spendengelder sammeln, um selber Beratungen zu Gleichstellungsfragen anbieten zu können.

Die formulierten Ziele bleiben auf der Website allgemein: Bekämpfung von Altersarmut aufgrund von unbezahlter Kinderarbeit oder die Aufwertung von Care-Arbeit. «Der Zugang sollte möglichst niederschwellig sein», sagt Sutter-Suter. Das langfristige Ziel aber bleibt: die Schaffung einer kantonalen Fachstelle. «Sollten wir uns etablieren, könnte dies auch mit einer Leistungsvereinbarung geschehen.»

«Fachstelle wäre ein klares Statement des Kantons»

Doch warum ist eine institutionalisierte Fachstelle so wichtig für die Bewegung? «Sie wäre eine klare Anlaufstelle für Betroffene, aber auch ein Gesprächspartner für die Kantonsverwaltung», sagt die Präsidentin der Mitte-Frauen Aargau und betont: «Eine Fachstelle wäre auch ein klares Statement des Kantons.»

Die Statements des Kantons waren zuletzt durchaus klar: gegen eine Fachstelle. Seit 1981 ist die Gleichstellung der Geschlechter in der Bundesverfassung festgeschrieben – doch über die Umsetzung stritten sich die Kantone mit der politischen Linken und den Frauenorganisationen nach der Abschaffung. Die Regierung interpretiert den Gleichstellungsauftrag der Verfassung seit 2018 als Aufgabe der Departemente, die Frauenorganisationen finden hingegen,

alle Bewohnerinnen und Bewohner des Kantons müssten mitgedacht werden. «Gleichstellung muss im ganzen Kanton erreicht werden – und nicht nur in der Verwaltung. Und dies erreicht man nur mit einer Fachstelle», sagt Sutter-Suter. Als sie nach der Abschaffung, damals noch Grossrätin, in einer Motion einen adäquaten Ersatz für den Verfassungsauftrag forderte, lehnte der Regierungsrat ab. Das Parlament folgte dieser Ansicht. Damit setzt der Aargau im

Gegensatz zur Mehrheit der Kantone den Verfassungsauftrag anders um: 17 Kantone und sechs Städte kennen Fachstellen für Gleichstellung.

Nicht der erste Reanimierungsversuch

Die jetzige Gründung des Vereins Gleichstellung Aargau ist nicht der erste Reanimierungsversuch. Bereits im November 2018 formierte sich eine überparteiliche Arbeitsgruppe, welche ein Kompetenzzentrum für

Gleichstellung im Aargau aufbauen wollte. Doch das Projekt kam ins Stocken. Mehrere Präsidiumswechsel, die Pandemie und unterschiedliche Auffassungen brachten das Vorhaben zum Stillstand. Eine politische breite Abstützung sei zwar zu begrüssen, doch dies führe auch zu Meinungsverschiedenheiten bezüglich Vorgehen und Stossrichtung, sagte Amanda Sager-Lenherr, Präsidentin von frauenaargau, im Sommer 2022. «Einen Konsens zu finden, braucht Zeit.» Nun nimmt das Projekt einen neuen Anlauf.

Die Vereinsgründung ist nicht die einzige Massnahme. Lautstark und violett wurde die Forderung bereits am 15. Juni am nationalen feministischen Streik auf die Aargauer Strassen getragen. Tags zuvor lancierten diverse Frauenverbände und die Gewerkschaft VPOD eine Initiative: Das nationale Gleichstellungsgesetz, welches Firmen zu geschlechterspezifischen Lohnanalysen verpflichtet, soll im Kanton Aargau so verschärft werden, dass mehr Firmen die Löhne analysieren müssen. Eine neu zu schaffende kantonale Fachstelle soll dies überprüfen.



Die Wiedereinführung der Fachstelle für Gleichstellung wurde bereits am feministischen Streik gefordert.
Bild: Severin Bigler

Frauenhaus Aargau-Solothurn wird 40-jährig

Das Frauenhaus Aargau-Solothurn feiert sein 40-Jahr-Jubiläum. Seit 1983 setzt sich die Institution für den Schutz gewaltbetroffener Frauen ein. Häusliche Gewalt sei immer noch hochaktuell, der Schutzraum weiterhin notwendig, schreibt die Leitung in einer Medienmitteilung. Die Jubiläumsfeier findet am Freitag, 1. September, mit geladenen Gästen statt. (dar)